

https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/wirtschaftler-zweifelt-an-stahl-zukunft-anke-rehlinger-haelt-gegen_aid-129157485



ZDF-Talkshow



Foto: [Matthias Zimmermann \(hgn\)](#)

14.06.2025 , 17:22 Uhr

Stahlindustrie und Grenzkontrollen - Saar-Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) bei der ZDF-Talkrunde Markus Lanz

Wirtschaftsexperte zweifelt an Stahl-Zukunft – Anke Rehlinger hält bei Lanz dagegen

Mainz/Saarbrücken · Schafft es das Saarland, die Stahlindustrie zu retten? Wird die Automobilbranche künftig eine Rolle spielen? Während ein führender Wirtschaftswissenschaftler die Umstellung kritisiert, verteidigt Saar-Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) den Umbau in der ZDF-Talkshow Markus Lanz.

Das Saarland steht vor einem gravierenden Umbau der Wirtschaft in bislang kaum gekanntem Ausmaß. Das schafft Unsicherheiten bei vielen Menschen: Jobs werden verschwinden, neue sollen

kommen. Doch wie gehen Unternehmen und Politik damit um? Kritik kommt aus der Wissenschaft. Und Zweifel daran, ob die Maßnahmen tragen. Während der ZDF-Talkrunde bei Markus Lanz hielt Anke Rehlinger (SPD) dagegen.

Düstere Prognosen über Arbeitsplatzabbau in der Autobranche

Dabei legte Lanz zu Beginn der TV-Sendung am Mittwochabend, 11. Juni, vor und zitierte Wirtschaftsforscher des Ifo-Instituts mit düsteren Prognosen. Demnach gingen allein in der Automobilindustrie bis Ende der 2020er-Jahre nochmals bis zu 270 000 Jobs verloren. Dies entspreche einem Drittel der heute noch in dieser Branche Beschäftigten. Auch dieser Aspekt des Stellenabbaus gehöre zur Transformation – dem Umbau der Wirtschaft für eine tragfähige Zukunft. Allerdings wies Lanz darauf hin, dass es bisweilen wenig konkrete Wege gebe, wie dieser Umbau vonstattengeht. Dementsprechend schwierig sei es für die Menschen, diesem Gedanken zu folgen.

Rehlinger verteidigte trotz dieser Schwierigkeiten den Wandel und ließ erkennen, „die Leute bei der Stange zu halten“. Denn einiges sei bereits unumkehrbar angestoßen: „Wir werden uns an bestimmte Dinge nicht mehr klammern können.“ Bei der Verbrennertechnologie beispielsweise sei diese Veränderung bereits eingeleitet. „Wir können den (Weg weg von der Verbrennertechnologie, Anm. d. Red.) jetzt noch ein wenig geländegängiger machen“, beschrieb sie in bildhafter Autosprache und deutete etwaige politische Anpassungen dahin an. Dabei erwähnten Lanz und Rehlinger während der Sendung konkret Autozulieferer wie ZF, Schaeffler und Bosch, die das betreffe.

Saar-Ministerpräsidentin: wirtschaftlicher Umbau nicht umzukehren

Rehlinger gestand: „Wir sind in einem Maße von der Transformation betroffen wie wahrscheinlich kaum eine Region in Deutschland.“ Hinzukomme die Stahlindustrie. Sie sei jedoch ein „gutes Beispiel, wie so etwas gelingen kann“, sagte die Regierungschefin. So schütze jeder von der Regierung investierte Euro hin zum grünen Stahl Arbeitsplatz und Klima gleichermaßen. Moderator Lanz nannte explizit die Gesamtsumme, die aus Staatskassen dafür in den kommenden Jahren vorgehalten wird: drei Milliarden Euro. Rehlinger erwiderte: „Sie helfen bei beiden großen Problemen“ – den Krisen bei Automobilzulieferern und Stahlbranche an der Saar.

Die damit verbundene Entwicklung: Während auf der einen Seite Unternehmen restrukturiert und dadurch aktuell Arbeitsplätze gestrichen werden, entstünden andererseits im Saarland neue Stellen. Diesen Wechsel den Menschen klarzumachen, warum das Land dafür Geld ausgibt, sei eine „kommunikative Aufgabe“. Hier brauche es „viel Vertrauen der handelnden Personen, viel Mut des Unternehmens, aber auch Zuversicht der Beschäftigten, die daran glauben, dass dieser Weg funktionieren kann“.

Anke Rehlinger: „Stahlindustrie ist keine Old-Economy“

Lanz hakte nach: „Wie angespannt ist die Situation in Ihrer Stahlindustrie tatsächlich? Das ist der wichtigste Arbeitgeber, den Sie haben.“ 20 000 Beschäftigte betreffe dieser Strukturwandel im Saarland, wiederholte Rehlinger die Zahl im ZDF-Studio. Daran hänge das gesamte Ökonomie-System, wie eine Resolution des Saar-Einzelhandelsverbandes zum Erhalt der Stahlindustrie belegt. Zwar wirke dies für einen Außenstehenden zuerst einmal ungewöhnlich. Aber: „Da hängt sehr viel dran“, hob sie hervor. Ladenbesitzer und Gastwirte wüssten, wer bei ihnen einkauft. Fallen Arbeitsplätze weg, brechen Käuferströme ein. Darum sei das Interesse beim Einzelhandel groß, dass die Stahlbranche weiterhin vielen Menschen Arbeit bieten.

Rehlinger verteidigte die Stahlbranche vor Angriffen, dass sie per se nicht mehr zukunftsfähig sei. „Es ist keine Old-Economy“ – kein überholter Wirtschaftszweig von gestern. „Wenn wir das schaffen, die grüne Transformation hinzubekommen, dann werden wir wettbewerbsfähig sein“, zeigte sich abermals überzeugt von den eingeleiteten Schritten. Allerdings verwies sie auf die Infrastruktur, bei der es noch hapert. Das betreffe Wasserstoff als künftigen Energielieferanten für eine ökologische Stahlproduktion. Das alles sei „eine Aufgabe in der Größe, wie es sie im Nachkriegsdeutschland noch nicht gegeben hat“. Und sie sieht sich und alle Beteiligten in der Pflicht: „Ein bisschen sind wir dazu verurteilt, dass es erfolgreich gemanagt wird.“

Wirtschaftsforscher zweifelt an Umbau-Willen von Politik und Unternehmen

Lanz wollte von Wirtschaftswissenschaftler Moritz Schularick aus der Gesprächsrunde wissen, ob es am mangelnden Reformwillen der Politik der vergangenen Jahrzehnte liegt, dass es der Schwerindustrie zurzeit schlecht geht. Oder ob es sich dabei um ein „überholtes Geschäftsmodell aus dem vergangenen Jahrhundert“ handelt, fragte er provokant. Ungeschönt das Fazit des Präsidenten des Kieler Instituts für Wirtschaft (IfW): „Wir reden in diesem Land unheimlich viel über das Bewahren und Erhalten. Wir laufen sozusagen rückwärts in die Zukunft.“

Er beneide „Frau Rehlinger nicht darum, das ist wirklich eine Mammutaufgabe diese Transformation, die man da bewerkstelligen muss“. Er legte mit dem Begriff „Dino-Industrie“ nach, wie er die Branche bezeichnet. Allerdings wolle er damit diesen Bereich nicht gänzlich abschreiben. Jedoch müsse sich die Politik sicher sein, dass die milliardenschweren Investitionen gut angelegt sind. Denn dieses Geld fehle anderen Bereichen wie beispielsweise Kindergärten und Schulen.

Renteneintritt mit 70 – so reagiert die Saar-Regierungschefin

Wenn ein Staat in solche Bereiche investiert, dann mache er dies nicht aus ökonomischen Gründen, sondern aus denen der nationalen Sicherheit. Andere Staaten außerhalb von Europa könnten dies womöglich besser und preiswerter. Wenn die Politik in die Wirtschaft eingreift, scheine dies oftmals wenig erfolgversprechend. Schularick: Bei der Industriepolitik gebe es das Problem, „dass der Staat nicht besonders gut darin ist, die Gewinner von Morgen zu finden, aber die Verlierer extrem gut daran sind, den Staat zu finden.“ Gerade bei der Stahl- und Autoindustrie sei dies „immer wieder ein Problem“.

Zugleich verwies der Wirtschaftsforscher auf das steigende Renteneintrittsalter in Nachbarstaaten wie Dänemark. Dort liege es mittlerweile bei 70 Jahren. Dem widersprach Rehlinger vehement und ordnete dies als Rentenkürzung ein. Menschen, die ihr Leben lang in Schichtarbeit unterwegs waren, werde sie solch eine Forderung „nicht vor die Füße werfen“. Sie verwahrte sich gegen derlei Forderungen. „Nicht einfach so reinrufen: Wir müssen mal mehr arbeiten, mal länger arbeiten.“



[Sorgen bei Ford in Saarlouis – wie geht's nach Aus für Unterstützung aus den USA weiter?](#)

Betriebsrat Sorgen bei Ford in Saarlouis – wie geht's nach Aus für Unterstützung aus den USA weiter?



[Streik bei Ford – Werk in Saarlouis schickt Unterstützer an der Rhein](#)

Sozialverhandlungen in Köln ergebnislos Streik bei Ford – Werk in Saarlouis schickt Unterstützer an den Rhein

Verschärfte Grenzkontrollen gehen zu Lasten der Pendler im Saarland

Auf Lanz' Hinweis, dass dänische Sozialdemokraten und damit ihr parteipolitisch nahestehenden Politiker dies durchgesetzt haben, reagierte sie: „Das können die ja von mir aus in Dänemark gerne so halten.“ Aber Arbeitnehmern vorschreiben, „geh bis 70 arbeiten, ob Du kannst oder nicht, sonst nimm Rentenkürzung hin“, sei keine Politik, die sie vertritt. Dem trat der IfW-Chef entgegen. Er sehe durchaus Möglichkeiten, länger zu arbeiten – wenn auch in anderen Bereichen. Dass ein Dachdecker nach 40 Jahren nicht länger aufs Haus steigen kann, sei klar. Er könne dann im Büro eingesetzt werden.

Von den verschärften Grenzkontrollen seien das Saarland und die hiesigen Pendler durch Staus im besonderen Maße betroffen. Konkret: die lediglich zwei Übergangsstellen zu Luxemburg. Pendler seien von Staus betroffen. Dies könne aber „nicht die Machart sein“, die sich just in jenem Jahr auftut, in dem 40 Jahre Schengener Abkommen über offene Grenzen in der Europäischen Union (EU) begangen wird. Offene Grenzen seien immer eine „Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit“.



[Habeck gibt zu:](#)

[Seine Milliarden-Zusage ans Saarland war damals voreilig](#)

Förderung für grünen Stahl

Habeck gibt zu: Seine Milliarden-Zusage ans Saarland war damals voreilig

Migrationsrechtler sieht in Grenzkontrollen Symbolpolitik

Rehlinger schlug vor, mit Beamten benachbarter Länder einen Grenzkorridor zu überwachen. „Ich glaube, es gibt klügere Modelle, als viele Bundespolizisten auf nicht mehr vorhandene Schlagbäume aufpassen zu lassen.“ Es müsse eine Perspektive geben, aus dem jetzigen Modell wieder rauszukommen. Die Grenzregionen lebten von der Durchlässigkeit. „Solche Zurückweisungen können nur ein erster Schritt sein“, bestätigte in der Diskussion Migrationsrechtler Daniel Thym. Gerade mal 200 Asylbewerber seien seit den verschärften Kontrollen zurückgewiesen worden. Die tauchten wohl aber an anderen Stellen wieder an der Grenze auf. Soweit zur Effektivität.



[25 Prozent auf Autos aus der EU – was Sonderzölle für die Saar-Industrie bedeuten](#)

Trump will Ankündigung bald umsetzen 25 Prozent auf Autos aus der EU – was Sonderzölle für die Saar-Industrie bedeuten



[Stahl-Standort Saarland in Gefahr? – Diese Folgen drohen durch Trump-Zölle](#)

US-Präsident unterzeichnet Dekret Stahl-Standort Saarland in Gefahr? – Diese Folgen drohen durch Trump-Zölle

Es könne nicht im Interesse sein, Zäune aufzuziehen, warf Rehlinger ein. Lanz belegte Thym's Einschätzung mit Zahlen: Am Tag würde an Polizisten durchschnittlich bis zu fünf Bewerber zurückweisen. Aber im Landesinneren stellten weit mehr als 1770 Menschen einen Asylantrag. Es gehe der Politik offenbar um ein „starkes Signal“ an die Bürger und an andere Staaten bei den Zurückweisungen an den Grenzen, ergänzte Thym. Es gehe um einen „Wahlkampfschlager“. Gastgeber Lanz nannte das Asylrecht „ungeheuer kompliziert“, wobei es um sozialen Frieden in der Gesellschaft gehe.

Rehlinger misst stabilen EU-Außengrenzen hohen Stellenwert zu

Politik-Journalist Gordon Repinski wertete das Thema als „so komplex, dass es sich nicht mit einfachen, klar definierbaren Kennzeichen oder Maßnahmen lösen lässt“. Thym charakterisierte die Maßnahmen, die von einem Gericht in Teilen einkassiert worden waren, „juristisch schlecht vorbereitet“. Stabile EU-Außengrenzen sei ein Grundprinzip des Schengen-Abkommens, „das nicht richtig funktioniert hat“, fügte Rehlinger hinzu.

[Hier geht es zur Bilderstrecke:](#)

[Saar-Ministerpräsidentin Anke Rehlinger \(SPD\) bei der ZDF-Talkrunde Markus Lanz](#)